

Motion über die Umnutzung des Kohäsionsfonds zur Aussetzung der geplanten Steuererhöhung

eröffnet am 7. November 2011

Der Regierungsrat wird aufgefordert, den Kohäsionsfonds mit sofortiger Wirkung aufzulösen und einer vordringlicheren Nutzung zuzuführen.

Der Erlös aus dieser Liquidation soll dazu verwendet werden, die geplante Steuererhöhung per 1. Januar 2012 abzuwenden.

Seit rund sechs Jahren verfügt der Kanton Luzern über eine nachhaltige und langfristige Steuerstrategie. Mit dem Anheben des Steuersatzes um eine Zehntelseinheit mit Voranschlag 2012, budgetwirksam per 2012, riskiert der Kanton Luzern, wieder in die alten finanzpolitischen Fahrwasser zurückzufallen.

Ferner sendet ein Anheben des Staatssteuersatzes schlechte Signale an Wirtschaft und mögliche ansiedlungswillige Privatpersonen und/oder Unternehmungen.

Der Kanton Luzern, und damit alle Bürgerinnen und Bürger, gehört mit dieser kurzfristigen Steuererhöhung zu den langfristigen Verlierern.

Ferner sei auch noch darauf hingewiesen, dass der Kanton Luzern über mehrere hundert Millionen Franken Eigenkapital verfügt, welches gemäss Aussage des Finanzdirektors für Schwankungsreserven eingesetzt werden soll. Auch in Anbetracht dieser Tatsache macht die Steuererhöhung keinen Sinn, und als Erstes ist die Liquidation dieses Kohäsionsfonds ins Auge zu fassen. Dies für einen Weiterbestand einer langfristigen und nachhaltigen Finanz- und Fiskalpolitik.

Omlin Marcel
Dickerhof Urs
Graber Christian
Lang Barbara
Camenisch Rätö B.
Knecht Willi
Thalmann-Bieri Vroni
Arnold Robi
Winiker Paul
Gisler Franz
Müller Pius

Bossart Rolf
Keller Daniel
Graber Toni
Winiger Fredy
Schmid Werner
Zimmermann Marcel
Troxler Jost
Schärli Thomas
Lüthold Angela
Dahinden Erwin